

Raffael Wüthrich, Öffentlichkeitsarbeit



Mitglied des Kampagnen-Teams

B.A. Journalismus &
Organisationskommunikation



Wer soll unsere Schweizer Franken erschaffen?

1. In der bisherigen Diskussion wurde vielfach so getan, als ob die Vollgeld-Initiative wahnsinnig komplex sei. Man könne dies in Doktorandenseminaren diskutieren, aber eine solche Frage niemals dem Volk vorlegen. Abgesehen davon dass eine solche Haltung undemokratisch und arrogant ist, ist sie auch sachlich falsch.
2. Wenn Geld Macht bedeutet, hat Macht, wer Geld macht. Denn Geld regiert die Welt, doch wer regiert das Geld? Wer Macht bekommen soll und wer regiert - das muss in einer Demokratie durch den Souverän bestimmt werden.
3. Die Vollgeld-Initiative stellt eine für unser Land ganz zentrale Frage: Wer darf unsere Schweizer Franken herstellen - also Geld schöpfen? Wer soll diese Macht und dieses Privileg erhalten, die im Umkehrschluss auch mit einer gesellschaftlichen Verantwortung verbunden sind? Letztlich geht es - vereinfacht gesagt - darum: Wer soll über das Geld und damit über unser Land regieren?
4. Zentral ist die Frage auch deshalb, weil mit der Schaffung von Geld einerseits individuelle und unternehmerische Gewinnchancen verbunden sind, andererseits aber auch gesellschaftliche Risiken verknüpft sind. Wer soll also unser Geld schaffen, mit welchem unsere Gesellschaft schliesslich arbeitet: Die immer mehr von ausländischen Aktionären bestimmten Grossbanken UBS und Credit Suisse, die mit Blick auf die eigene Gewinnmaximierung auch gleich selbst entscheiden wohin die von ihnen neu (!) geschaffenen Gelder fließen? Oder soll es die Schweizerische Nationalbank sein, die verfassungsrechtlich und gemäss Gesetz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe hat und das Wohlergehen unseres Landes im Auge behalten muss?
5. Der wissenschaftliche Experten-Diskurs über Details der Vollgeld-Initiative ist sicher wichtig, weil wir letztlich auf der Basis von Informationen als Volk darüber befinden müssen. Aber nur der Souverän ist demokratisch legitimiert über diese wichtige Frage zu entscheiden. Und nicht Universitätsprofessoren,

Es gilt das gesprochene Wort

- Bankenlobbyisten oder der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, zumal dieser ja auch selbst betroffen ist vom Entscheid.
6. Diese Grundsatzfragen klären wir mit der Vollgeld-Initiative: Wer soll Schweizer Franken erschaffen dürfen? Wer soll von der Geldschöpfung und den Gewinnen daraus profitieren? Wer soll die grosse, damit zusammenhängende Macht ausüben dürfen? Um diese Frage zu beantworten braucht das Volk kein Doktorandenseminar. Für eine Antwort reicht gesunder Menschenverstand und Vernunft.
 7. Die Vollgeld-Initiative stellt eine klassische Governance-Frage. Und ist damit am Puls der Zeit. Welche Dienste in unserer Gesellschaft bzw. Wirtschaft sollen durch eine private oder öffentliche Organisation erbracht werden? Unsere Antwort ist klar: Geldherstellung durch die Schweizerische Nationalbank, aber weiterhin Kreditvergabe, Zahlungsverkehr und Vermögensverwaltung durch die privaten Banken. Wir fordern also eine Gewaltentrennung im Geldsystem.
 8. Letztlich geht es um die Grundsatzdiskussion, wer besser prädestiniert ist, um mit der Macht und dem Geldherstellungs-Privileg umzugehen und das Gesamtwohl unseres Landes zu gewährleisten. Private Geschäftsbanken, die ihren weltweit verstreuten Aktionären und somit dem Shareholdervalue-Prinzip verpflichtet sind? Oder eine Institution wie die Nationalbank, die per Verfassungsauftrag und Gesetz für unser Land arbeitet und dessen Gewinne allen zukommen? Deshalb stellen wir dem Stimmvolk die Frage: Wer soll unser Geld herstellen?

Dr. oec. HSG Reinhold Harringer



- Mit-Initiant Vollgeld-Initiative
- Mediensprecher & Mitglied des Kampagnen-Teams
- ehem. Leiter Finanzamt Stadt St.Gallen



Was will die Vollgeld-Initiative?

1. Die Vollgeld-Initiative schlägt eine relativ geringfügige Änderung der Bundesverfassung vor, also eine Korrektur zurück zu einem stabilen System: 1. Auch das elektronische Buchgeld soll in der Bundesverfassung verankert werden. Und 2. soll unser elektronisches Geld nur von der Nationalbank hergestellt werden. Dass dies vom Prinzip her kein radikaler Systemwechsel ist, zeigt ein Blick in die Geschichte: Bereits 1891 hat der Schweizer Stimmbürger einem ähnlichen Schritt zugestimmt, als die Nationalbank gegründet und ermächtigt wurde, als einzige Institution Banknoten in Umlauf zu bringen. Und jetzt, im 21. Jahrhundert, geht es eben statt um Banknoten um das elektronische Buchgeld. Wir wollen das Banknoten-Monopol der Nationalbank auf das immer wichtigere elektronische Geld ausweiten. Im Folgenden möchte ich erklären, weshalb dieser Schritt für uns zwingend ist.
2. Heute ist es so, dass 90 % des umlaufenden Geldes von den privaten Geschäftsbanken erzeugt wird. Sie tun dies, indem sie Kredite vergeben und mit selbst gemachtem Geld auch Liegenschaften, Unternehmen, Gold, Wertschriften oder andere Vermögenswerte kaufen. Dieser Fakt ist heute unbestritten und wird von Zentralbanken und der Wissenschaft so bestätigt. Es muss hier deshalb nicht nochmals im Detail erläutert werden. Dieses elektronische Geld landet dann über Umwegen durch die Wirtschaft irgendwann als Lohn auf unseren Konten. Die Problemen, die aus der Geldschöpfung der Banken entstehen, wird Katharina Serafimova aufzeigen.
3. Was ist das Besondere am Vollgeld? Zunächst: es ist grundsätzlich nichts Neues. Münzen und Noten sind bereits Vollgeld. Die Banken verfügen über elektronische Guthaben bei der Nationalbank, welches ebenfalls Vollgeld ist. Banken zahlen einander nur in Vollgeld! Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland geschieht schon heute mit Vollgeld. Das Kennzeichen des Vollgeldes ist, dass es von der Nationalbank kommt und durch sie gesichert ist.
4. Die konkrete Umsetzung von Vollgeld besteht aus 4 Elementen:

Es gilt das gesprochene Wort

- 1.) Auch unsere elektronischen Schweizer Franken werden von der Schweizerischen Nationalbank hergestellt.
- 2.) Private Geschäftsbanken dürfen kein eigenes Geld mehr schaffen, sondern nur noch Geld sammeln und weiter verleihen. D.h. sie können das tun, was sie seit Jahrzehnten immer vorgaben zu tun: Sie sollen zwischen Sparern und Investoren vermitteln, aber kein Geld mehr selbst erzeugen.
- 3.) Banken verwalten die Vollgeldkonten der Kunden nur noch treuhänderisch, d.h. ausserhalb der Bankbilanz. Damit wird das Geld beispielsweise auf Lohnkonten erstmals völlig sicher. Das ist ein grosser Vorteil der VGI, der auch von den Gegnern nicht bestritten wird. Heute ist es so, dass alle Lohnempfänger, die ihr Gehalt auf ein Bankkonto überweisen lassen, dieser Bank einen Kredit gewähren – die Kunden müssen damit ein Konkurs-Risiko eingehen, egal ob sie das wollen oder nicht.
- 4.) Neues Geld der Nationalbank kann direkt und schuldenfrei über Bund/Kantone oder BürgerInnen in Umlauf kommen. Dieses Geld fliesst sehr rasch und direkt in die Realwirtschaft und nicht in die Finanzwirtschaft. Die Nationalbank kann zusätzliche Darlehen an die Banken gewähren, falls zu wenig Spargelder und Geld anderer Banken für die Kreditvergabe der Banken an die Wirtschaftsteilnehmer zur Verfügung stehen.
5. Zur Klärung: die Nationalbank kann wie bisher Auslandsdevisen kaufen und Offenmarktoperationen tätigen. Ihre Bilanz wird immer noch prall mit Werten gefüllt sein. Die Nationalbank kann weiterhin auf all ihre bisherigen Instrumente, wie beispielsweise die Zinssteuerung zurückgreifen. Sie wird keinesfalls direkt Kredite an den Staat oder die Wirtschaft vergeben. Ihre Risikohaftung bleibt gering. Wie stark die einzelnen Instrumente eingesetzt werden, wird der Nationalbank überlassen, denn die Initiative enthält keinerlei Vorschriften über die Geldpolitik. Durch die rückzahlbaren Darlehen der Nationalbank an Banken sowie Offenmarktoperationen und Kauf von Auslandsdevisen kann die Nationalbank die Feinjustierung der Geldmenge jederzeit flexibel handhaben und die Geldmenge so wachsen oder auch schrumpfen lassen - je nach Notwendigkeit, um beispielsweise die Preisstabilität oder den Wechselkurs zu gewährleisten.
6. Fazit: Die Umstellung auf Vollgeld ist planbar und überschaubar. Im Verhältnis zu den übrigen Veränderungen im Bankwesen, die sich allein aufgrund der technologischen Entwicklungen ergeben, ist sie sogar eher bescheiden. Aber gerade im Hinblick auf diese Veränderungen ist es wichtig, dass wir uns mit den Entwicklungen befassen, insbesondere im Bereich staatlicher oder privater Krypto-Währungen und uns gegen eine weitere Etablierung der Privatisierung des Schweizer Frankens wehren.

Sergio Morandi



- Co-responsabile Ticino
- Membro Consiglio scientifico
- Economista, imprenditore e già banchiere



Bankengeld führt zu Souveränitätsverlust

1. Die ursprüngliche Antwort der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf die Frage, wer Geld erschaffen darf, ist eindeutig. Unsere Vorfahren und die Gründer der modernen Schweiz wollten, dass die Nationalbank die Aufgabe der Geldherstellung übernimmt. Es war dies - aus vorgenannten Gründen - eine der klassischen Staatsaufgaben, weil es bei der Geldschöpfung um Fragen von Macht (checks and balances). 1891 wurde in einer Volksabstimmung, die notabene vom Bundesrat angestossen worden war, das Banknotenmonopol des Bundes beschlossen. Vorher durften fast 40 Banken eigene Noten drucken, was zu Vertrauenskrisen unter den Banken und daraufhin zu Finanzkrisen führte.
2. Vom diesem Grundgedanken, dass die Nationalbank unser Geld herstellen soll, haben wir uns in den letzten Jahrzehnten leider immer mehr entfernt. Die Schweiz hat ihre Souveränität in der Geldmengensteuerung und in der Geldpolitik schrittweise verloren. 90 Prozent der Gelder, die sich im Umlauf befinden, sind heute elektronische Buchgelder, erzeugt von Geschäftsbanken.
3. 50 Prozent dieses Geldes wird von den beiden ausländisch gesteuerten, globalen Playern - den Grossbanken UBS und CS - geschaffen, die zu 60 - 80 Prozent im Besitz ausländischer Investoren sind, erzeugt. Das ist inakzeptabel! Wir sind in der Schweiz also weit davon entfernt, eine souveräne Geldpolitik betreiben zu können. Welche Risiken dies impliziert, muss ich Ihnen im globalisierten Umfeld und in einer Zeit, die zunehmend von Handelskriegen bestimmt wird, nicht erläutern.
4. Das hat Folgen für unsere Volkswirtschaft und unsere grösstenteils von KMU geprägte Unternehmenslandschaft. Wenn die Geldmengenpolitik weitestgehend von ausländischen Interessen dominiert wird, hat die Nationalbank auch kaum mehr einen Einfluss darauf. Und genau dies wird für

Es gilt das gesprochene Wort

unsere KMU und viele Privathaushalte zum Problem: Es existiert zwar so viel Geld wie noch nie. Aber unsere KMU kommen nur beschränkt an die nötigen Kredite für Investitionen und Innovationen, weil die Banken ihr neues Geld zu 80% direkt in den Finanzmarkt lenken und nicht in die Realwirtschaft. Das zeigt sich auch durch die Tatsache, dass sich in den letzten 10 Jahren die Kreditvergabe an KMU um 40% reduziert hat.

5. Die Gelderzeugung der privaten Banken führt zu einer Aushöhlung der Schweizer Souveränität, und aufgrund hoher Verschuldung zu einer Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Politik und Gesellschaft. Es führt zur Unterwerfung aller Lebensbereiche unter den Finanzmarkt - wir sind längst eine "finanzmarktkonforme" Demokratie. Wir haben also weder ein Primat des Staates, der Gesellschaft und der Politik, noch der Wirtschaft als Ganzes, sondern ein Primat des Finanzmarktes, welches unseren Alltag bestimmt. Dies erklärt auch, weshalb sich die Grossbanken (unter Führung der Bankiervereinigung und von *economiesuisse*) derart gegen diese Vorlage ins Zeug legen, obwohl die Gelderzeugung der Banken letztlich riesige Systemrisiken für die gesamte Volkswirtschaft und Gesellschaft schafft. Die notwendig gewordene Rettungsaktion der UBS 2008 hat dies mit aller Deutlichkeit gezeigt. "Too big to fail" lautet seither die Devise! Dies alles sollte uns zu denken geben, weil die fehlende Geld-Souveränität unsere Handlungsfreiheit massiv einschränkt.

Jean-Marc Heim



- Coordinateur pour la Romandie
- Membre de l'équipe de campagne



Geld als Allgemeingut

1. Die Frage nach den Aufgaben des Staates ist in den letzten Jahren zusehends in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen gerückt. Die Pro Service Public-Initiative gehört ebenso dazu wie die unlängst angelaufenen Diskussionen über das Geschäftsgebaren von Postauto Schweiz oder etwa über die Rolle der Schweizerischen Depeschagentur SDA in unserem Mediensystem. Und die No Billag-Abstimmung haben wir alle noch sehr präsent in unseren Köpfen.
2. Für Marktradikale ist die Antwort auf die Frage, ob private Geschäftsbanken oder die Nationalbank unser Geld schaffen sollen, schnell und einfach geklärt: Warum etwas dem Staat übergeben, wenn Private es auch machen können? Geld schaffen ist den Augen der Gegner der Vollgeld-Initiative eben keine klassische Funktion des Staates, weil Private das auch machen können.
3. Doch diese Sicht greift zu kurz, weil sie eines ausblendet resp. verschweigt: Private Geschäftsbanken haben im Vergleich zur Nationalbank eine eingeschränkte Sichtweise: Sie sind nur ihren Aktionären verpflichtet und nicht dem Gesamtinteresse des Landes. Dass die Geldschöpfung heute in den Händen der privaten Banken liegt führt dazu, dass die Zusatz-Gewinne aus der Geldherstellung bei den Geschäftsbanken anfallen, die Risiken hingegen dem Staat und damit der Allgemeinheit zufällt.
4. Dieses System, das in den letzten Jahrzehnten zusehends hemmungsloser zelebriert worden ist, hat weitreichende Folgen für unsere Gesellschaft. Es ist unbestritten, dass die von den privaten Geschäftsbanken vorangetriebene expansive Geldmengenpolitik der letzten Jahre die gesellschaftlichen Unterschiede grösser werden liess. Selbst CS-Verwaltungsratspräsident Urs Rohner hat in einem Interview am Rande des WEF diesen Februar eingestanden, dass ihm diese zunehmende Ungleichverteilung von privaten

Es gilt das gesprochene Wort

Vermögen Sorgen macht. Sorgen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Sorgen im Hinblick auf die einst hochgelobte eidgenössische Solidarität zwischen verschiedensten Gesellschaftsgruppen. Leider hat er dabei verschwiegen, dass diese Entwicklung vor allem der Geschäftspolitik unserer Grossbanken geschuldet war, die lieber für diejenigen Geld produzieren, die sowieso schon mehr als genug davon haben. KMU und Otto Normalbürger gehen meist leer aus.

5. Die Herstellung von Geld ist eine klassische Service-public-Aufgabe und keine Privataufgabe. Gerade weil sie sich auf alle anderen Politik- und Gesellschaftsbereiche und damit auch auf die Zukunft von uns allen auswirkt, steht in unserer Bundesverfassung in Art. 99 Abs.1 bereits jetzt: Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes. Da steht nichts von privaten Geschäftsbanken!
6. Die Schweizer Bevölkerung hat mit der No-Billag-Abstimmung deutlich gezeigt, dass es die SRG als Service Public braucht. Nun geht es darum aufzuzeigen, dass das Geldwesen, eine noch wichtigere Infrastruktur unseres Landes, erst recht eine Sache der öffentlichen Hand sein muss. Wir dürfen die Geldschöpfung nicht Privaten überlassen. Wer Ja zur SRG sagte und auch Ja zum Service Public bei Gesundheit, Verkehr, Polizei und Bildung sagt, sollte auch Ja zur Vollgeld-Initiative sagen.

Katharina Serafimova



- Mitglied Wissenschaftlicher Beirat
- Lehrbeauftragte Universität Zürich



Weshalb braucht es Vollgeld

1. Als Naturwissenschaftlerin und Sozialunternehmerin habe ich mich immer wieder gefragt: Warum ist es so, dass wir einen solchen Bruch haben zwischen dem Geldfluss der Finanzwirtschaft und den Lösungen, die wir dringend für eine nachhaltige und zukunftsfähige Welt brauchen? Warum zerstören wir mit unseren wirtschaftlichen Aktivitäten unsere Lebensgrundlagen?
2. Diese Fragen führen genau betrachtet sehr schnell zur Erkenntnis, dass wir in einem System leben, welches uns (der Gesellschaft, Natur und Wirtschaft) schadet. Und dem zugrunde liegt das Wesen des heutigen Geldes. Das Schuldgeld verlangt immer wieder neue Kredite und neues Wachstum, auch um die Zinsen zahlen zu können, sogar nur um die Geldmenge stabil zu halten. Damit bringt uns das heutige Geldwesen in eine anhaltende Stress-Situation. John Maynard Keynes erinnert in diesem Zusammenhang an das Kinderspiel vom Sesseltanz, bei dem – wenn die Musik aufhört – immer ein Stuhl zu wenig da ist. Nur rennen wir nicht um Stühle, sondern um Ressourcen. Wir rennen, um im Spiel dabei bleiben zu dürfen. Und letztlich rennen wir um unsere Existenz. Dies trennt uns voneinander und bringt uns in Konkurrenz.
3. Ganz zentral ist die Erkenntnis, dass unser Geld auf Schulden aufgebaut ist – d.h. je mehr Geld es im System braucht, desto mehr Schulden müssen eingegangen werden. Das führt mittel- und langfristig zu Problemen und es führt immer wieder zu Banken- und Finanzkrisen. Deshalb brauchen wir ein anderes Geldsystem - möglichst ohne Schulden beim Akt der Geldentstehung.
4. Die bisherige Antwort auf die Instabilität des Systems, welche in den letzten 40 Jahren weltweit über 400 systemische Finanzkrisen ausgelöst hat, war immer mehr Regulierung. Dies hat zu einer stetig wachsenden Bürokratie geführt, welche die Instabilität bisher nicht erfolgreich reduzieren konnte.
5. Aus meiner Sicht setzen die bisher umgesetzten Massnahmen an den Symptomen an, statt den Ursachen auf den Grund zu gehen. Und diese liegen

Es gilt das gesprochene Wort

unter anderem in dem bisherigen schuldbasierten Geldwesen, bei dem wir die Geldschöpfung privaten Banken überlassen, welche in der Vergangenheit immer wieder gezeigt haben, dass sie keinen Auftrag haben, die Geldschöpfung entsprechend dem Gemeinwohl zu nutzen.

6. Wir haben heute weltweit eine Situation, in der sich ein überdimensionierter Finanzmarkt weit entfernt hat von den Bedürfnissen der Menschen und einer ressourcenverträglichen Realwirtschaft. Es gibt einen wachsenden internationalen Konsens unter Experten, dass diese Probleme ohne eine Reform des Geldwesens nicht lösbar sind. Und auch bei uns in der Schweiz lag das Geldmengenwachstum weit über dem Wachstum der realen Wirtschaft und hat zu einer Aufblähung der Finanzwirtschaft geführt. Auch bei uns hat der Franken seit den 70er-Jahren seinen Wert zur Hälfte verloren. Auch bei uns trägt die steigende Verschuldung zu einer steigenden Konzentration der Vermögen bei. Auch bei uns hat die Geldpolitik der Nationalbank und die Geldschöpfung der Banken zu einer Inflation auf den Immobilien- und Finanzmärkten geführt, was Liegenschaftspreise und Mieten ansteigen liess.
7. Auch der Nationalbank ist mit den steigenden Hypothekarschulden nicht wohl – das ist ja der Grund für ihre Interventionen auf dem Hypothekarmarkt.
8. Wir haben die Verantwortung darüber, wie wir das Geldsystem und damit unser Zusammenleben organisieren, lange Zeit an private Institute abgegeben. Die Vollgeld-Initiative ist ein erster wichtiger Schritt, um die sich selber verstärkenden Exzesse des heutigen Geldwesens abzumildern. Am 10. Juni haben wir die Chance, die Verantwortung für das Geldwesen wieder zu übernehmen. Damit das Geld- und Finanzsystem wieder dazu wird, wozu es gedacht ist: zu einem öffentlichen Gut, im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und im Dienst der Realwirtschaft.